



Die Eiche

So wie die Eiche fußt in deutschem Grund,
So einig, stark und mächtig unser Bund.

Organ

Erscheint wöchentlich ein Mal
Freitags.
Anzeigen, die viergespaltene
Zeitspalt 20 Pf.
Im Abonnement nach Uebereinkunft.
Schluß der Redaktion
Dienstag Mittag.

Abonnement vierteljährlich
1 Mark bei jedem Postamt und in
der Expedition.
Postzeitungsliste S. 98, „Eiche“, Die
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O. 55.
Greifswalderstr. 221/223.

des Gewerkevereins der Deutschen Tischler (Schreiner) und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Dumler).

Nr. 43.

Berlin, den 27. Oktober 1905.

XVI. Jahrgang.

Die Korrespondenz für Redaktion und Expedition ist an E. Sahnert, Greifswalderstr. 221/223
Fernsprech-Amt VII, 4720. Geldsendungen an W. Fielke, Greifswalderstr. 221/223, zu adressieren. Fernsprech-Amt VII, 4720.

Sozialpolitische Debatten.

Die Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik, auf welcher auch der Verband der Deutschen Gewerkevereine durch den Redakteur Goldschmidt vertreten war, hat gerade in diesem Jahre besonders aktuelle Fragen der Sozialpolitik erörtert. Im Vordergrund des Interesses stand der Vortrag des Münchener Nationalökonom Prof. Euzio Brentano über: „Das Arbeitsverhältnis in den privaten Riesenbetrieben“, dessen Inhalt kurz etwa folgender war:

Das heutige Arbeitsvertragsrecht befindet sich in einem unfertigen Zustande. Es gestattet zwar den Arbeitern, sich zu organisieren, versagt aber den Verträgen der Organisationen sowohl die Rechtsgültigkeit als auch den gesetzlichen Schutz. Das Koalitionsrecht ist mit Fallstricken aller Art umgeben, so daß derjenige, der davon Gebrauch macht, häufig Gefahr läuft, bestraft zu werden. Diese Verhältnisse haben sich die Arbeitgeber der modernen Riesenbetriebe zunutze gemacht, indem sie vielfach den von ihnen beschäftigten Arbeitern die Zugehörigkeit zu einer Organisation untersagen. Namentlich die Ersetzung des individuellen Arbeitsvertrages durch den kollektiven, oder mit anderen Worten der Abschluß von Tarifverträgen erscheint ihnen geradezu revolutionär. Sie sträuben sich mit aller Energie dagegen und verteidigen, was das Gelungenste bei der ganzen Sache ist, ihren ablehnenden Standpunkt damit, daß die Arbeiter durch die Kollektiv- oder Tarifverträge in ihrer persönlichen Freiheit beeinträchtigt würden. Die Unternehmer als Beschützer der persönlichen Freiheit der Arbeiter! Nun sind aber die Arbeitsbedingungen, um deren Festlegung es sich beim kollektiven Arbeitsvertrage handelt, garnicht individuell, denn die Akkordsätze pflegen für alle Arbeiter gleich zu sein, ob sie ihnen durch individuelle oder kollektive Arbeitsverträge anferlegt werden, und es giebt keine Bestimmung im kollektiven Arbeitsvertrage, welche den Arbeiter verhindert, dabei so viel, wie er leisten kann, zu verdienen. Handelt es sich um Zeitlöhne, so werden eben Minimallöhne vereinbart, die niemand hindern, besonders leistungsfähige Arbeiter höher zu entlohnen. Die Feststellung einer Untergrenze der Löhne durch einen Kollektivvertrag heißt also nicht, daß alle den gleichen Lohn erhalten sollen, sondern nur, daß gleiche Bezahlung für gleiche Leistung erfolgt; sie bedeutet nichts als einen Schutz der anständigen Unternehmer gegen die Schmutzkonkurrenz anderer. Wenn daher die Unternehmer behaupten, sie lehnen Kollektiv- oder Tarifverträge ab, so ist es nicht die Freiheit des Arbeiters, die man wahren möchte, sondern die Freiheit des Arbeitgebers, durch Verhandeln mit einzelnen Arbeitern deren Gesamtheit seinen Willen aufzuzwingen.

Nicht anders verhält es sich mit dem Schutz der sogenannten Arbeitswilligen. Diese pflegen entweder fremde Arbeiter zu sein, die nicht ohne Kenntnis der Streitfrage während einer Arbeits-

Nachgeben zu nöthigen, oder jene Minderheit von Arbeitern, die durch Wohlfahrts-Einrichtungen bestimmter Art gefesselt, außer Stand gesetzt sind, von den ihnen durch die Gesetzgebung eingeräumten Rechten Gebrauch zu machen. Denn die Wohlfahrts-Einrichtungen, von denen seitens eines Theiles des Unternehmertums so gewaltig viel Aufgehens gemacht wird, haben meist keine andere Wirkung, als den Arbeiter innerhalb wie außerhalb der Unternehmungen zu jeder Unterwerfung unter dem Willen des Arbeitgebers zu zwingen. Man denke nur an die Einrichtung der sogenannten Arbeiterwohnhäuser, die bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses ebenfalls sofort geräumt werden müssen. „Die Wohlfahrts-Einrichtungen erscheinen somit nicht als ein Mittel, das dem sozialen Frieden dient, sondern als Kampfmittel, das den sozialen Kampf mit verursacht und in ihm die Uebermacht der einen der beiden Parteien verstärkt.“

Wohlfahrts-Einrichtungen können sich aber in der Regel nur sehr kapitalträchtige Firmen leisten. Um sich daher auf eine andere Weise einen Stamm festhaltender Arbeiter zu schaffen, ist man vielfach zum Abschluß von Tarifverträgen geschritten. Allein dabei stieß man auf den heftigsten Widerstand des Zentralverbandes deutscher Industrieller. Derselbe rief die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände ins Leben, die grundsätzlich die Anerkennung der Arbeiterorganisationen ablehnt, ebensowenig etwas von Tarifverträgen wissen will und zahlreiche Ausperrungen wirklich Arbeitswilliger vorgenommen hat, weil diese von ihrem Organisationsrecht Gebrauch gemacht haben.

Gegenüber solchen Anschauungen und Bestrebungen kann auch die gesetzliche Anerkennung der Berufsvereine allein den erwünschten sozialen Frieden nicht sichern. Es ist außerdem erforderlich, daß der § 153 der Gewerbe-Ordnung, der für Koalitionsvergehen besonders harte Strafen vorsieht, beseitigt und durch die Bestimmungen des deutschen Strafgesetzbuches ersetzt wird. Ferner muß das Koalitionsrecht dadurch gesichert werden, daß Unternehmer und deren Angestellte, welche durch Drohung, z. B. mit Arbeitsentlassung, jemand zum Austritt aus der Organisation zu veranlassen suchen, bestraft werden. Bezüglich der Wohlfahrts-Einrichtungen sind ganz bestimmte Vorschriften zu schaffen, durch welche der Mißbrauch derselben als Machtmittel ausgeschlossen wird. Des Weiteren sollen sowohl Arbeitgeber, wie Arbeitnehmer gezwungen werden können, mit Vertretern der Organisationen der Gegenpartei über die Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Um diesen Verhandlungszwang wirksamer durchzuführen zu können, sollen Staatsaufträge und Arbeiten anderer öffentlicher Korporationen nur an solche Unternehmer vergeben werden dürfen, die sich verpflichten, alle Arbeitsfreistellungen in ihren Betrieben vor Einigungsamt und Schiedsgericht zum Austrag zu bringen und die keinerlei Verbindung angeheben, welche das Verhandeln mit Arbeitervertretern verweigert. Zu dem gleichen Zwecke soll auch für jedes Gewerbe eine Organisation der Arbeiter geschaffen werden, die unter Wahrung des Fortbestandes der bestehenden Berufsvereine sämtliche Arbeiter des betreffenden Gewerbes umfaßt. Es soll mit andern Worten ähnlich wie bei der Zwangsinnung der Handwerker der Organi-

sationszwang für Arbeiter eingeführt werden. Alle Streitigkeiten und Streitfragen über abzuschließende Arbeitsverträge sollen einer Kommission unterbreitet werden, die aus frei gewählten Vertretern beider Parteien, auch solchen, die dem Gewerbe selbst nicht angehören, zusammengesetzt ist. An ihrer Spitze soll als Unparteiischer, wo eine Wahl durch die Parteien nicht zustande kommt, der Vorsitzende des Gewerbegerichts des Bezirkes fungieren. Was im kollektiven Arbeitsverträge vereinbart wird, muß für alle an dem betreffenden Gewerbe Beteiligten die gleiche rechtliche Gültigkeit haben wie die Bedingungen des individuellen Arbeitsvertrages.

Das ist so in ganz kurzen Umrissen der Inhalt des Brentano'schen Vortrags und der von ihm aufgestellten Forderungen. Stimmen wir auch nicht in jeder Hinsicht den Forderungen bei, z. B. derjenigen des Organisationszwanges, so muß doch zugegeben werden, daß das Programm des Münchener Gelehrten ein neues Arbeitsvertragsrecht bedeutet, dem wir uns gern unterwerfen würden, da es in der That den Fortschritten in der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung entspricht. Auf umso schärferen Widerspruch stieß Brentano natürlich bei den Scharfmachern, als deren Wortführer der vom Zentralverband deutscher Industrieller abgeordnete Regierungsrath a. D. Dr. Leidig auftrat, der als Korreferent bestellt war. Dieser Herr nahm natürlich genau den entgegengesetzten Standpunkt ein wie der Hauptredner. Von einer Anerkennung der Organisation der Arbeiter will er nichts wissen; Tarifverträge sind ihm, und damit sprach er im Namen der Großindustrie, ein Greuel. Die Ablehnung jeder Verhandlung mit betriebsfremden Personen sei bedingt durch die Nothwendigkeit, den Unternehmern das unbedingte Bestimmungsrecht im Betriebe zu sichern. Davon, daß die Unternehmer den Arbeitern das Koalitionsrecht nehmen oder auch nur verkürzen wollten, könne gar keine Rede sein. An so etwas dächten die Unternehmer garnicht. Und so ging es in diesem „harmlosen“ Tone weiter, so daß der frühere Unterstaatssekretär Dr. v. Rottenburg mit Recht ironisch zurufen konnte: „Dies Kind, kein Engel ist so rein, laßt Exzer Guld empfohlen sein!“ Auch außer dem zuletztgenannten fand Brentano in der Diskussion die lebhafteste Unterstützung. Von Seiten der Gewerksvereine sprachen im Sinne einer liberalen Ausgestaltung des Arbeitsvertragsrechts und der Einführung des konstitutionellen Systems in Fabrikbetrieben der Verbandsredakteur Goldschmidt, außerdem als Vertreter des Gewerksvereins der Maschinenbauer dessen Vorsitzender Gleichauf und Erleenz-Düsseldorf. Besonders wirkungsvoll waren auch die Ausführungen des Pfarrers Rautmann und des Prof. Weber-Heidelberg, wölk letzterer namentlich gegen eine Aede des Generalsekretärs Dr. Tille-Saarbrücken polemisierte. Dieser auch sonst unruhmlücht bekannte Dr. Tille war nämlich neben einer Anzahl anderer Syndikatsbeamten Herrn Dr. Leidig heigespungen und hatte Herrn Prof. Brentano heftig angegriffen. Nach seiner Meinung sind die Großbetriebe ganz allein daran schuld, daß die deutschen Arbeiter so reichliche Arbeitsgelegenheit finden und ein Einkommen haben, wie sie es sonst nirgends finden. Von einer Anerkennung der Arbeiterorganisationen wollten die Unternehmer deshalb nichts wissen, da den Arbeitern häufig die sittliche Reife fehle. Sonst hätten nicht ohne Weiteres 195 000 Vergarbeiter kontraktbrüchig werden können. An diese Bemerkung knüpfte Prof. Weber an. Ohne Weiteres gab er zu, daß es auch ihm auffallend erschienen sei, wie plötzlich eine so große Zahl Arbeiter ohne Kündigung die Arbeit niederlegen konnte. Eine Erklärung habe er darin gefunden, daß der Arbeitsvertrag der Ruhrbergleute nichts weiter gewesen sei, als ein Unterwerfungsvertrag unter den Willen der Unternehmer, der aber mit unsern heutigen sittlichen Begriffen unvereinbar sei. Ähnlich lägen ja auch die Verhältnisse im Saargebiet. Man lese dort oft, daß Arbeiter in Annorcen erklären, nicht für eine bestimmte Partei, z. B. das Zentrum, gestimmt zu haben. „Kanaille“ sage ich. Aber gleichzeitig frage ich: „Wer erzieht die Leute zur Kanaille?“ Und prompt erfolgte in einem Zusage die Antwort: „Königliche Bergbeamte . . .“

Und so sauste Hieb auf Hieb auf das Scharfmachertum hernieder. Wohl versuchten seine Söldlinge die Schläge zu parieren; aber ihre Mühe war umsonst. Die Niederlage war eine vollständige und vollends besiegelt, als der Vorsitzende Prof. Philippowich-Wien bei der Zusammenfassung der Verhandlungen das treffende Wort sprach: „Früher gab es zwei Wege für die Unternehmer, sich zu ruinieren: nicht verstehen wie man produziert, und nicht zu verstehen, wie man Produkte absetzt. Es giebt heute noch einen dritten: nicht zu verstehen, wie man mit Menschen umgeht“.

In der That sind auch wir der Meinung, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung, an der Unternehmer und Arbeiter gleichmäßig theilhaftig sind, keinen gedeihlichen Fortgang nehmen kann, wenn das zartistische System des Scharfmachertums zur unumschränkten Herrschaft gelangt. Der soziale Friede kann nur blühen auf dem Boden der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit.

Ein Denkmal der Schande soll sich nach Ansicht der „Holzarbeiterzeitung“ unser Gewerksverein dadurch gesetzt haben, daß unsere Kollegen in Fürth, ohne die Verbändler deswegen um Erlaubniß zu fragen, den Beschluß faßten, die von den Arbeitgebern gemachten Zugeständnisse zu acceptiren und die Arbeit wieder aufzunehmen. Unsere Mitglieder wissen aus den Darlegungen über den Beginn und Verlauf des Fürther Streiks in voriger Nummer der „Eiche“, daß der Holzarbeiterverband sich erst in letzter Stunde vor Einreichung der

Forderungen an unsere dortigen Vertreter wandte mit der Aufforderung, durch Unterschrift anzuerkennen, daß die Gewerksvereiner die Bewegung mitmachen. Wenn unsere Kollegen mit einem derartigen unkollegialischen Vorgehen des Holzarbeiterverbandes auch nicht einverstanden waren, so kamen sie, um der Solidarität und des lieben Friedens willen, der Aufforderung doch nach und schlossen sich einmüthig der Bewegung an. Unter diesen Umständen hätte man nun doch erwarten dürfen, daß diejenige Organisation, welche als stärkste in Betracht kommt, und auch diejenige ist, welche die Bewegung in Scene setzte, alle die Mittel anwendet, welche nothwendig sind, um die Bewegung zu einem schnellen und günstigen Erfolge zu verhelfen. Dies ist aber seitens des Holzarbeiterverbandes in Fürth nicht geschehen. Vor allem gilt es doch, bei jedem Streit zu verhindern, daß die von den Auskündigten liegend gelassene Arbeit von andern angefertigt wird. Es mag zugegeben werden, daß sich dies in Fürth zunächst schwer feststellen ließ, aber schon vom Beginn der Bewegung an wurde von einzelnen Streikenden verlangt, auch die Kleinbetriebe mit in die Bewegung zu ziehen. Da in den Kleinbetrieben mehrere hundert Kollegen beschäftigt werden, so entstand die Frage und wurde die Vermuthung laut, daß dadurch der Kampf unnüßweise in die Länge gezogen wird. Zunächst lehnten die Führer der Bewegung es aber ab, in dieser Richtung vorzugehen. Als aber seitens der Kleinbetriebe auffallend viel Streikarbeit geliefert wurde, kam die Frage, ob die Arbeit der Kleinbetriebe als Streikarbeit zu betrachten sei, in einer gemeinschaftlichen Verwaltungssitzung der Organisationen zur eingehenden Erörterung. Nach den gegebenen Berichten war feststehend, daß in den Kleinbetrieben die Arbeit hergestellt wird, die unter gewöhnlichen Verhältnissen die bestreiten Großbetriebe fertigen. Der geschäftliche Modus liegt in der Fürther Spiegelbranche sehr eigenartig. Die Unternehmer haben sich zu einem Industriellen Verband vereinigt und eine Verkaufsgenossenschaft gebildet. An Lytere oder vielmehr an das Lager derselben werden nun die gefertigten Waaren geliefert. Auch die Kleinmeister bringen ihre Arbeit, soweit dieselbe nicht schon direkt vom Händler bestellt ist, zur Verkaufsgenossenschaft; ja ein Theil der Kleinmeister ist sogar kontraktlich verpflichtet, einen gewissen Prozentsatz ihrer Produkte an den Großfabrikanten oder an das Lager der Genossenschaft abzuliefern. Durch das Verkaufshaus der Genossenschaft werden erst wieder die Händler und Kaufleute bedient. Durch die in der gemeinschaftlichen Verwaltungssitzung gemachten Mittheilungen wurde festgestellt, daß in den letzten Wochen eine so große Menge Arbeit an die Genossenschaft geliefert sei, daß man daran garnicht merke, daß sich über 1200 Kollegen dieser Branche im Auslande befinden, und würde man das Verhältniß so weiter laufen lassen, so könnte der Streit ins Endlose getrieben werden. Die eiligsten Aufträge werden an die Kleinmeister vergeben, von diesen der Genossenschaft oder den Händlern geliefert und so könne Niemand feststellen: „Was ist Streikarbeit, was ist keine Streikarbeit“. Es wurde unter andern festgestellt, daß einzelne der Kleinbetriebe während der Dauer des Streiks mit der doppelten Zahl von Gehülfen arbeiteten als vordem. Auch nach Auswärts seien Bestellungen ergangen. Die allgemeine Auffassung ging aber dahin, daß alles als Streikarbeit zu betrachten sei und deshalb müßten die in den Kleinbetrieben beschäftigten Kollegen auch herausgezogen werden.

Trotz der klarliegenden Situation und trotz dem einflümmigen Beschluß der gemeinschaftlichen Verwaltungssitzung waren die Führer des Holzarbeiterverbandes aber nicht zu bewegen, die Anfertigung der Streikarbeit durch Herausziehung der in den Kleinbetrieben beschäftigten Kollegen zu verhindern. Von seiten unseres Gewerksvereins wurde immer wieder darauf hingewiesen, und dies ist auch schriftlich geschehen, daß wenn die Arbeiter aus den Kleinbetrieben nicht herausgezogen werden, der Gewerksverein jede Verantwortung für die weitere Entwicklung des Streiks ablehnen müsse. Der Verband stellte sich aber auf den Standpunkt, daß die Anfertigung von Streikarbeit den günstigen Verlauf des Streiks nicht in Frage stellen werde, im Gegentheil werden die Unternehmer nachgiebiger werden, wenn sie sehen, daß ihre Konkurrenten die Arbeit anfertigen und dadurch in die Lage kommen, ihre Betriebe zu vergrößern. Es kann aber unserer Ansicht nach nichts verkehrteres geben als ein solcher Standpunkt, denn derselbe würde doch nichts anderes bedeuten als, wir streiken weiter und wenn wir mit dem Streit auch nichts weiter erreichen sollten, als daß wir einige Kleinmeister auf Kosten der Großindustriellen und aber auch, was von uns hauptsächlich in Betracht kommt, auf Kosten der Arbeiter auf die Strümpfe helfen. Zu einem derartigen Experiment konnten und wollten sich unsere Fürther Kollegen aber nicht hergeben. Ein Kampf seitens der Arbeiter soll, wenn er geführt werden muß, wohl der Verbesserung der Lage der Arbeiter dienen, kann und darf aber nicht weiter geführt werden, wenn es sich nur darum handelt, dem einen Unternehmer zu nutzen und den andern zu schädigen. Hatte der Holzarbeiterverband ernstliche Absichten, den Kampf nur im Interesse der daran theilhaftigen Kollegen zu führen, so war es seine Pflicht alles zu thun, was in seinen Kräften stand, um dem Verlangen aller Kollegen, nicht nur Gewerksvereiner, die Anfertigung von Streikarbeit zu verhindern, nachzukommen. Es geschah dies aber nicht und können wir es unsern Fürther Kollegen wahrhaftig nicht verdenken, wenn dieselben unter diesen Umständen erklären, wir haben nicht Langer Zeit, uns vom Holzarbeiterverband hochnehmen lassen und den Beschluß faßten, die gemachten Zugeständnisse anzunehmen und auf die Kampfesbrüderschaft mit den Verbändlern zu verzichten. War es schon ein

Skandal zu nennen, daß der Holzarbeiterverband die ganze Bewegung inszenierte und unseren Kollegen erst in letzter Minute gewissermaßen die Pistole auf die Brust setzte mit dem Ultimatum: „Ihr habt mitzumachen“, so ist es geradezu ein Verbrechen, wenn der Holzarbeiterverband wissentlich die Anfertigung von Streitarbeit zuläßt, trotzdem er sehr wohl in der Lage war, durch Herausziehung seiner in den Kleinbetrieben beschäftigten Mitglieder dies zu hindern. Wenn auch die „Holzarbeiterzeitung“ meint, durch den Beschluß unser Fürthener Kollegen habe der Gewerksverein das Recht verwirkt, sich eine wirkliche Arbeiterorganisation zu nennen, so sind wir der Ansicht, daß den Fürthener Verbändlern die Verbesserung der Lage der Arbeiter nur nebensächlich interessierte, der Zweck der Bewegung aber ein ganz anderer war. Unsere Kollegen in Fürth haben ganz recht gehandelt, das zur Zeit Erreichbare zu nehmen als dem Holzarbeiterverband noch länger zu trauen und einen Kampf weiter zu führen in Gemeinschaft mit einer Organisation, deren ganzes Verhalten bewiesen hat, daß sie gegenüber ihren Kampfgenossen unehrliches Spiel treibt.

Wir zweifeln nicht, daß unsere Mitglieder in nächster Zeit wieder verschiedenlich durch die verlogenen Angriffe der Verbändler belästigt werden, verweisen deshalb nochmals auf den in voriger Nummer der Eiche erschienenen Artikel: „Zur Steuer der Wahrheit über den Streik in Fürth“.

Bericht vom Bezirkstage des I. und II. Agitationsbezirks. Durch Bemühungen des Agitationsleiters Kollegen Mroczkowski-Bromberg fand der erste Bezirkstag des I. und II. Agitationsbezirks des Gewerksvereins der Deutschen Tischler am 15. Oktober in Dirschau statt. Derselbe wurde um 10¹/₂ Uhr Vormittags von Kollegen Mroczkowski mit Begrüßung der Delegierten und sämtlicher Anwesenden eröffnet. Als Vertreter des Generalrats war Kollege Schumacher-Berlin anwesend, welcher die Grüße des Generalrats übermittelte. Als Vertreter der Stadt Dirschau stellte sich Herr Albrecht vor, gleichzeitig sein Einverständnis mit den Bestrebungen der Deutschen Gewerksvereine ausprechend. Kollege Bogowski überbringt Grüße des Ortsverbandes Dirschau. Die Tagesordnung war folgendermaßen festgesetzt: 1. Wahl des Bureaus. 2. a) Wahl der Kommission zur Prüfung der Mandate, b) Prüfung der Mandate, c) Festsetzung der Präsenzliste. 3. Vortrag: „Die Deutschen Gewerksvereine im Osten und ihre wirtschaftliche Lage“, Referent Agitationsleiter Mroczkowski-Bromberg, 4. Vortrag: „Die wirtschaftliche Lage des Gewerksvereins der Deutschen Tischler und verwandten Berufsgruppen“, Referent Agitationsleiter Preuß-Elbing, 5. Vortrag: „Die jetzige Agitation im Gewerksverein der Tischler“, Referent Kollasch-Danzig, 6. Berichte über örtliche Verhältnisse. Punkt 1 ergab: Vortragender Kollege Fries-Danzig, Stellvertreter Kollege Heindle-Bromberg, Schriftführer Kollege Zimmermann-Elbing. Punkt 2 a und b wurde durch die Kollegen Schott-Pr.-Stargard und Fiedler-Bromberg erledigt und für richtig erklärt. Die Feststellung der Präsenzliste ergab, daß folgende Vereine Vertreter entsandt hatten: Bromberg, Elbing, Danzig, Königsberg, Dirschau, Verent, Memel, Thorn, Graudenz, Pr.-Stargard, Marienburg, Braunsberg, Czest Vertreter des Norddeutschen Ausbreitungsverbandes war Verbandsgenosse Krüger. Es folgte nun Punkt 3: Vortrag des Agitationsleiters Mroczkowski. Redner weist in seinen Ausführungen auf die Notwendigkeit hin, die Gewerksvereinsideen immer mehr zu verbreiten. Die Tätigkeit unseres Gewerksvereins hier im Osten läßt noch manches zu wünschen übrig. Wohl hält es hier sehr schwer, die indifferente Masse der Arbeiterschaft zu der Einsicht zu bringen, daß zur Aufbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage der Beitritt zur Organisation unerlässlich ist, aber wir dürfen zur Gewinnung neuer Anhänger nichts unversucht lassen, um nicht hinter den Kollegen im Westen zurückzustehen. Es ist die erste Hauptaufgabe, daß die Zeitungen der einzelnen Vereine ihr ganzes Wissen und Können in den Dienst dieser Sache stellen, was bisher nicht der Fall gewesen zu sein scheint, wenn man die Mitgliederzahl einzelner Vereine betrachtet. Immer wieder müssen die Indifferenten auf die Organisation hingewiesen werden, die ihnen in allen Notlagen des Lebens helfend zur Seite steht. Die Einführung von Tarifverträgen ist ebenfalls eine unbedingte Notwendigkeit, da dieselben für beide Teile, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, große Vorteile enthalten und auf längere Zeit den Frieden zwischen beide Parteien gewährleisten. Jedoch müssen Tarifverträge auch beiderseitig respektiert werden; es darf nicht vorkommen, wie es in Czest geschehen ist, daß ein von einer Organisation abgeschlossener Tarifvertrag von einer anderen Organisation gebrochen wird, lediglich nur zum Zwecke des Mitgliederzanges. Das ist eine ganz faule Taktik und es ist bedauerlich, daß es Kollegen giebt, welche sich zu solchen Schädigungen der Allgemeinheit hergeben. Deshalb ist es notwendig, den Mitgliedern genügend Aufklärung zu geben und dieselben vor dem Tarifbruch zu warnen, da wir auch schon einige Orte zu verzeichnen haben, wo Tarife zu Stande gekommen sind. Referent brachte Bromberg zur Sprache, wo außerdem noch eine Schlichtungskommission, von 4 Arbeitgebern und 4 Arbeitnehmern gebildet, besteht und empfahl diese Einrichtung bei Abwicklung von Tarifen aufs wärmste. Ferner müssen Arbeitsnachweise eingeführt werden, wodurch es den arbeitslosen Kollegen am schnellsten gelingt, wieder Beschäftigung zu finden. Hierdurch könnte mancher Groschen an Arbeitslosenunterstützung gespart und für andere Zwecke verausgabt werden. Diese unsere Ideen müssen wir eifriger wie bisher

hier im Osten zur Durchführung zu bringen suchen und uns zu diesem Zweck brüderlich zusammenschließen. Die einzelnen Vereine müssen sich in Zukunft gegenseitig mehr unterstützen durch Rath und That, denn dies ist hier im Osten dringend nötig, wenn wir den Kollegen im Westen gleichkommen wollen. Auch Bezirkskonferenzen wie die heutige können dazu beitragen, dieses Band fester zu knüpfen. Beredend und aufklärend muß auf die Mitglieder eingewirkt werden, damit sie den erhöhten Anforderungen der heutigen Zeit nachkommen und alle Hindernisse, die man uns in den Weg stellt, beseitigen können. Unser Blick in die Zukunft muß geschärft werden, um an manchen Orten Aufbesserungen der Arbeitsverhältnisse durchzusetzen, andererseits um vom Baune gebrochene Streiks zu verhindern.

Hierauf nahm Kollege Schumacher das Wort zur Stellung der Tarifverträge und brachte den Anwesenden dieselben erläuternd vor. Augen, führte ferner den Tarifbruch seitens einer anderen Arbeitnehmer-Organisation in Czest an und können wir mit Recht unsere Stellung als Ehrenmänner in dieser Sache behaupten. Alsdann nahm er Stellung zum Streit Düsseldorf und wies darauf hin, daß dieses eine krasse Aussperrung von Seiten der Arbeitgeber sei, um ein schlechteres Arbeitsverhältnis als es bisher bestand herbeizuführen. Auch den Streit in Fürth behandelt Kollege Schumacher eingehend, und wurde von demselben das Schlussresultat gezogen, daß es unser Gewerksvereinsgrundsatz sein soll und muß, die Interessen der Allgemeinheit zu vertreten. Kein willenloses Werkzeug wollen wir sein, sondern unsere Selbstständigkeit mehr denn bisher wahren. Hierbei liegt wiederum die Nothwendigkeit vor, daß hier im Osten die Vereine brüderlicher zusammenarbeiten müssen.

Zu der Nachmittags-Sitzung hält zu Punkt 4 Agitationsleiter Preuß-Elbing Vortrag. Derselbe entwickelte eingehend die Gründe, durch welche unser Mitgliederbeitrag auf den heutigen Standpunkt gekommen, daß bei den heutigen vielen Streiks und Aussperrungen, welche geführt werden müssen, unsere Klassen sehr in Anspruch genommen werden und der Generalrat gezwungen wurde, den Beitrag von 10 resp. 15 Pf. auf unsern heutigen 25 Pf. zu erhöhen. Der Referent betonte ferner, daß wir hier im Osten mehr Opfer denn bisher unserer Organisation bringen müssen, denn wir müssen dieselbe zu einer Macht entfalten, da sich das Kapital auch mehr und mehr zusammenschließt, und wir demselben gerüstet gegenüberstehen müssen, wenn wir unsere Existenz fernerhin vertreten wollen. Der Grundgedanke unseres Gewerksvereins müsse mehr Befestigung unter den Mitgliedern finden, alsdann könnten keine Mitglieder zu verzeichnen sein, welche bei einer nothwendig werdenden Extrasteuer der Organisation den Rücken kehren, welche wohl im Interesse ihrer selbst zu bedauern wären. Hierauf wandte sich Referent dem System der Vertrauensmänner zu und wäre hieran auch noch viel anzusetzen. Selbige müssen sich mehr dem Interesse des Vereins widmen, denn gerade sie sind es, welche zur Organisation indifferenter Kollegen fördernd mitwirken sollen.

Punkt 5 Vortrag. Referent Kollege Kollasch-Danzig weist in demselben auf die letzten Kämpfe hin, wo Tausende und Abertausende auf's Straßenpflaster geworfen werden, es aber dennoch möglich ist, daß der größte Teil unserer Kollegen der Organisation fernsteht. Als Abhilfe empfahl Referent die Agitation von Mund zu Mund als erste Methode, spricht sich ferner zur Erleichterung der Beitragzahlung für Haus- resp. Werkstattkassierer aus. Im weiteren glaubt Referent, daß zur Förderung der Gesamtorganisation die Anstellung besoldeter Agitationsleiter eine dringende Nothwendigkeit wäre, welche doch, da dieselben außerhalb des Arbeitsverhältnisses stehen, die Agitation reger und energischer betreiben können als unsere jetzigen unbesoldeten. Es wäre unsere erste Pflicht hierauf hinzuwirken. Zur Deckung der Kosten, außer des vom Generalrat bewilligten Zuschusses, würde wohl die Einführung von Vorkassern in den einzelnen Vereinen nötig sein. Ferner legt Referent klar, daß heut durch die Delegierten eine Mitgliederzahl von über 800 hier vertreten ist. — Zu Punkt 6 entfaltete sich eine rege Diskussion und wurden die Vorträge wie auch örtliche Verhältnisse eingehend besprochen, in der Hauptsache über den Abschluß von Tarifverträgen wie auch über den Ausbau der Organisation im Innern der einzelnen Vereine. Betreff des besoldeten Agitationsleiters gipfelte die Ausführungen darin, daß es für dieses Jahr wohl verfrüht wäre, hierüber Beschlüsse zu fassen, jedoch solle Thatkräftig hiernach gestrebt werden und ist jeder Delegierte verpflichtet, in seinem Verein hierfür Propaganda zu machen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Wir Mitglieder des Bezirkstages hier in Dirschau tagend, sind mit den Ausführungen in der Konferenz sehr einverstanden und wünschen, daß jedes Jahr eine Konferenz stattfindet um örtliche Verhältnisse zu besprechen.“ Hierauf kam folgender Antrag ein und wurde angenommen: Stelle hiermit den Antrag, eine Kommission von 5 Mitgliedern zu wählen, welche die weiteren Arbeiten zur Anstellung eines besoldeten Agitationsbeamten macht. Ferner sollen auch die Personen über den nächsten Delegiertentag sich einigen. Sitz. In die Kommission wurden die Kollegen Mroczkowski-Bromberg, Preuß-Elbing, Sitz-Thorn, Krebs-Memel, Kollasch-Danzig gewählt. Ferner wurden in der Diskussion unsere Beamten, General- wie auch Zentralrat, einer Kritik unterzogen, da nach Ansicht der Delegierten selbige auch nicht der Organisation das nötige Interesse wahren. Kollege Schumacher entwickelte in klaren Worten seine Anschauung über den Ausbau im Innern der Vereine, sieht es ferner von großem Interesse für unsern Osten an, wenn derselbe in Bezug auf Förderung der Organisation auch

zur Anstellung des besoldeten Agitationsleiters greift. Legt den Delegierten anheim, daß die Vorstände für die Einführung von Votallassen streben müssen. Hierauf wurde folgende Resolution angenommen: „Der heute am 15. Oktober 1905 in Dirschau abgehaltene Bezirkstag der Ortsvereine des Gewerkschafts der Tischler und verw. Berufe des I. und II. Agitationsbezirks erzieht in der Anstellung besoldeter Agitationsleiter das einzige Mittel, um durch energische Agitation die Interessen der Mitglieder der Ortsvereine in wirtschaftlicher Beziehung zu wahren und im Ernstfalle zu vertreten. Dazu ist es aber höchst notwendig, daß die Ortsvereine laut Statut Votallassen sich beschaffen um die eventuellen Mittel bereit zu stellen, da der Zuschuß durch Beschluß der letzten Generalversammlung vom Generalkath nur gewährt wird, wenn der Bezirk durch 1000 Mitglieder vertreten ist. H o l l a s c h. Verbandsgenosse K r ü g e r forderte durch seine Ausführungen den Zusammenschluß der gesamten Arbeiterschaft wie es demgegenüber das Arbeitgeberthum thut. Ersucht ferner die Agitation im Gewerkschaftsverein mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu betreiben, und fordert die Vereine zum Beitritt in den Norddeutschen Ausbreitungsverband auf. Folgende Resolution fand Annahme: „Die heute am 15. Oktober 1905 in Dirschau versammelten Vertreter des I. und II. Agitationsbezirks des Gewerkschafts der Tischler und verw. Berufsgenossen verpflichten sich, in ihren Vereinen thätig für den Beitritt zum Norddeutschen Ausbreitungsverbande zu agitieren“. K r ü g e r. Kollege S c h u m a c h e r wünscht, daß das Interesse, wie es bei der Konferenz zum Ausdruck gebracht, anhalte und zum Blühen und Gedeihen des Gewerkschafts sich weiter entwickle. Agitationsleiter M r o c z k o w s k i spricht Kollegen S c h u m a c h e r und den Delegierten, sowie dem Ortsverein Dirschau seinen Dank aus und mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Gewerkschafts wurde die Konferenz geschlossen.

H. Z i m m e r m a n n, Schriftführer.

Differenzen in der Holzindustrie.

Ueber den Verlauf der Tarifbewegung in Kattowitz berichtet die „Holzarbeiterzeitung“ in der ihr gewohnten Weise und zwar so, daß man annehmen könnte, daß einzig und allein es nur der „Deutsche Holzarbeiterverband“ es gewesen sei, welcher für Verbesserung der Löhne und Anerkennung des Tarifs eingetreten ist, weil nebenbei verschwiegen wird, daß der von den Gewerkschaften ausgearbeitete sogenannte Beuthener Tarif angenommen wurde. Uns wird dagegen Folgendes berichtet: Am Sonntag, den 3. September wurde in einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung beschlossen, den Arbeitgebern einen ausgearbeiteten Tarif zu unterbreiten und wurden 8 Tage Frist zur Rückäußerung gegeben. Zum 14. September war Kollege S e b e l-Breslau zu einer gemeinschaftlichen Versammlung vom Bureau als Referent nach dort gesandt. In dieser gemeinschaftlichen Versammlung wurde beschlossen, daß wenn bis zum Montag, den 18. September von den Arbeitgebern keine zustimmende Antwort eingegangen sei, sofort in den Streik getreten wird. Diese Antwort blieb aus, jedoch wollten die Arbeitgeber am Mittwoch, den 20. September mit den Vertretern der Arbeiter verhandeln, ließen auch durchblicken, daß sie nicht abgeneigt wären, dem Beuthener Tarife zuzustimmen. Dieser Tarif wurde aber von den vorführenden Kollegen des deutschen Holzarbeiterverbandes als äußerst ungenügend, zum verelenden und verhungern hingestellt, deshalb als unbrauchbar verworfen und dem Beschluß vom 14. September entsprechend am 18. in den Streik getreten. Am 22. September erwiderten die Arbeitgeber auf ein an sie ergangenes Anschreiben, daß sie gewillt seien, mit dem 15. Oktober eine Erhöhung des Lohnes um 10 Prozent eintreten zu lassen und auch bereit seien, in einer gemeinsamen Kommission einen entsprechenden Tarif zu beraten und festzulegen. Auf Grund dieser Zugeständnisse wurde die Arbeit am 23. September wieder aufgenommen. Bei den Kommissionsverhandlungen stellten sich nun ganz bedeutende kaum zu regelnde Differenzen und Schwierigkeiten heraus, so wurden zum Beispiel allein in einer Werkstätte für ein und dieselbe Arbeit verschiedene Preise gezahlt. Der Vertreter des Gewerkschafts, unser Kollege F e n d e r e t-Beuthen, empfahl die Annahme des Tarifs, welcher in Beuthen unter seiner Mithilfe und der Mitwirkung des Kollegen Schumacher-Berlin ausgearbeitet wurde. Kollege F e n d e r e t sprach die Vermuthung aus, daß dieser Tarif von den Herren Verbändlern wohl deshalb beantragt werde, weil bei demselben kein Gauvorsteher des Holzarbeiterverbandes Pathe gestanden habe. Die Kommission trat dann in weitere Beratung und kam zum Schluß zu der Einsicht, daß der Beuthener Tarif im Grunde genommen mehr Vortheile biete, als der ursprünglich für Kattowitz ausgearbeitete, und wurde dann auch in der Schlußsitzung am 3. Oktober der Beuthener Tarif angenommen. Die Gültigkeitsdauer desselben wurde bis 1. August 1907 festgelegt.

Nach dieser Darstellung gebührt eigentlich dem Gewerkschaftsverein die Anerkennung, welche der Holzarbeiterverband jetzt für sich in Anspruch nehmen möchte. Wäre der Holzarbeiterverband nicht mit seiner Quertreiberei gekommen, hätte sich vielmehr den Beuthener Tarif, welchen man schließlich doch zustimmen mußte, etwas genauer angesehen, so konnte die Arbeitseinstellung sehr wohl vermieden werden. Aber als der Holzarbeiterverband schon sah, daß er in Kattowitz mit seinem Sateln zu Ende war, auch da konnte und wollte er nicht einsehen,

daß der Beuthener Tarif angenommen, sondern er stellte den Inhalt des Tarifs als seine eigene Errungenschaft hin, um die Vorbeeren für sich in Anspruch nehmen zu können.

Cöln a. Rh. Wenn wir nach den Ursachen der in letzter Zeit verloren gegangenen Streiks forschen, so werden wir fast immer erkennen, daß die Bewegungen infolge der Uneinigkeit der Arbeiterschaft keine Vortheile für uns brachten. Wo mehrere Organisationen an einem Orte bestehen, glaubt gewöhnlich die an Mitgliederzahl am stärksten vertretene sich über die schwächeren Organisationen hinwegsetzen zu können. Somit ist über die Mißachtung schon bei Beginn der Bewegung Uneinigkeit unter den beteiligten Arbeitern vorhanden. Zu einem vollen Erfolg gegenüber dem vereinigten Unternehmertum gehört vor allen Dingen Einigkeit und mit ehrlichen Absichten geführte Vorbereitungen. Dazu verhilft uns aber nicht allein die Prahlerei mit den der Organisation zur Verfügung stehenden Millionen, wodurch die Masse nur über den wirklichen Stand und die Beurtheilung der Lage getäuscht wird. Einigkeit und gemeinsames Handinhandarbeiten sind das Fundament und die Grundbedingungen zu einem siegreichen Erfolge. Auch die Cölnener Bewegung ist mangels dessen zu einem traurigen Ende gekommen. Allerdings hat hier der christliche Holzarbeiterverband eine besonders erbärmliche Rolle gespielt, indem er wohl die Forderungen von A bis Z mit durchberathen und für die Cölnener Verhältnisse als erforderlich anerkannt hat, sich aber feige zurückzog, als die sofortige Einreichung der Forderungen beschlossen wurde. Bei dem Rückzug allein blieb es aber nicht, denn als die Unternehmer die Forderungen unbeantwortet ließen und diese nun durch einen Streik durchgedrückt werden sollten, da stellte sich der ganze Christenverband in den Dienst der Unternehmer. Man bedenke: ihre selbst aufgestellten und als notwendig anerkannten Forderungen, um dessen Durchführung der größte Theil der Cölnener Kollegen kämpfte, traten sie auf einmal mit Füssen und suchten mit allem Aufgebot die verlassenen Arbeitsstätten durch Zugang aus allen ihren Zahlstellen zu besetzen und jeden Erfolg zu vereiteln. Hier muß man doch zu der Ueberzeugung kommen, daß der christliche Holzarbeiterverband niemals bei den wochenlang hindurch geführten Beratungen die ernste und ehrliche Absicht gehabt hat, etwas für die Arbeiter zu thun. Denn ein mühevoll zusammengestellter Tarif wird doch jedenfalls nur ausgearbeitet, um ihn den Unternehmern zur Annahme vorzulegen, und nicht, wie es die Absicht der Christlichen zu sein scheint, denselben erst der Bibliothek einzufügen, um als frommer christlicher Wunsch gelesen zu werden. Es ist begreiflich, welche Entrüstung die Arbeiterschaft über ein solches Gebahren ergriff. Der Kampf tobte heftiger unter den Arbeitern, als mit den Unternehmern. Und trotz dieser niederträchtigen Handlungsweise sucht sich der christliche Holzarbeiterverband noch als Arbeitervertreter aufzuspielen, wo er offen den Streikbruch auf seine Fahne schrieb, wo er im Bunde mit den Unternehmern und der Polizei gegen diejenigen Kollegen vorging, die das zu erreichen suchten, was er selbst gern haben wollte. Hier hilft dem christlichen Holzarbeiterverband nicht die Täuschung der Öffentlichkeit, der er mit Lug und Schmindeleien weiß zu machen sucht, als handle es sich um einen Vernichtungskampf oder um die Wahrung seiner Selbstständigkeit. Der Kampf mit ihm begann bekanntlich erst, als er sich in den Dienst der Unternehmer stellte. Hierüber helfen ferner noch so viele Unschuldsbescheinigungen der aus demselben Holze geschneitten christlichen Verbände nicht hinweg. Das Brandmal des Streikbruchs wird an dem christlichen Holzarbeiterverband haften, so lange er nur bestehen mag. Der Kampf ist letzte Woche, da er unter diesen Umständen aussichtslos geworden war, beendet worden. Nach schon empfangenen Dank und Sympathiebeweisen ernten die Christen erneut Ruhm und Ehre von den Unternehmern für geleistete Dienste. In der letzten Arbeitgeberversammlung wurde beschlossen, die Christlichen besonders in Schutz zu nehmen und mit ihnen allein in einigen Wochen einen Vertrag abzuschließen. Sie glauben, jetzt noch billiger zu einem auf längere Zeit lautenden Vertrag zu kommen, als im nächsten Jahre, wo sie größere Zugeständnisse machen zu müssen glauben. Die Unternehmer wissen ja ganz genau, daß sie bei diesen „Christen“ auf keinen Widerstand stoßen, sie sehen in dem christlichen Verband den billigen Jakob, der mit sich handeln läßt. Dies haben sie ja bei der Einführung der neunstündigen Arbeitszeit erfahren. Als dieselbe am 1. September vorigen Jahres eingeführt wurde, begünstigten sich die Christlichen mit der Einführung am 1. April dieses Jahres, wie es die Unternehmer wollten. Jetzt, wo die Arbeit fast überall wieder aufgenommen ist, gewinnen schon viele Nothhelfer der Unternehmer Zeit, aus Christenpflicht ihr Gewissen zu erforschen, was ihnen bisher nicht möglich war, da die Streitarbeit drängte und zu Gewissensbissen keine Zeit ließ. Vielleicht kommt jetzt diesen Deuten zum Bewußtsein, daß sie ihr eigenes Interesse mit Füßen getreten und unverantwortlich gegen ihre Mitarbeiter gehandelt haben. An unsere Kollegen ergeht deshalb die Mahnung, unablässig und mit doppeltem Eifer die Agitation zu betreiben. Hauptsächlich die rheinisch-westfälischen Kollegen, wo die Streikbrecherippe zu Hause ist und gezogen wird, müssen alles daran setzen, um die indifferenten Kollegen unserer neutralen Organisation zuzuführen, damit sie später nicht zum Verräther an ihren eigenen Kollegen werden.

J o s. S c h ö n.

Technisches.

Der preussische Forstfiskus contra Bretterproduzenten.

Von Ernst S. Nickel-Berlin.

[Nachdruck verboten.]

Die Bretterproduzenten sowie die mit diesen Hand in Hand arbeitenden Schneidemühlen führen bereits seit Jahren lebhaft Klage über die immer wachsende Vertheuerung ihres Rohmaterials, insbesondere des kiefernen Rundholzes, zumal die Preise für geschnittene Bretter und Bohlen durchaus nicht höhere, sondern niedrigere geworden. Das Gewerbe der Produzenten ist an sich schon ein sehr schwieriges und kann nur dann lukrativ gestaltet werden, wenn den Leitern der Unternehmungen die erforderliche technische wie kommerzielle Routine eigen ist, um alle die oft nicht geringen Ansprüche der Abnehmer zu befriedigen und mit der stets wachsenden Konkurrenz gleichen Schritt zu halten. Es muß nun leider konstatiert werden, daß die, namentlich aus den Staatsforsten stammenden Rohhölzer in der Preislage in den letzten fünf Jahren eine derartige Steigerung erfahren haben, daß energischer Protest gegen diese offenbar künstliche Preistreibererei durchaus am Platze erscheint. Der Schneidemüller sowohl wie der Bretterproduzent, der im Lohnschnitt vergiebt, weiß nie oder selten im Voraus, wie die Plakmarktpreise für Bretter sich an den Haupt- und anderen Märkten gestalten werden, er muß also mit gebundener „Marschroute“ marschieren. Angenommen, die Selbstkosten des Schneidemüllers für ein Schock Stammbretter Sekundqualität belaufen sich auf 173 Mk. Der Plakhändler, der diese Kollektion erstehen will, wird sich für Ausladekosten und die beim Plakfortiment noch eventuell auszumerkenden minderwertigen Bretter gut noch 7—8 Mk. berechnen, mithin kommt ein Gesamtpreis von ca. 180 Mk. zu Stande. Was aber hat denn nun der Holzproduzent an diesem Verkauf verdient, wenn er fast al pari vergeben muß! Wie kann dem nun abgeholfen werden? Die einen weisen auf die Aufbesserungsmethoden in der Fabrikation hin, was zwecklos ist, denn jeder Schneidemüller arbeitet schon im eigensten Interesse auf die modernste, rationellste und ökonomischste Weise. Einzig und allein die Herabsetzung der Rohstoffpreise kann eine Aenderung zum Guten hier herbeiführen. In Ost- und Westpreußen, Posen, Pommeren und Brandenburg, wo die Lage der Schneidemühlen und Holzproduzenten eine sehr prekäre ist, hat es nun der preussische Forstfiskus in der Hand, die Verhältnisse bedeutend günstiger zu gestalten. Namentlich das geheime Anbietersverfahren zu den Holzversteigerungen der Staatsforsten ist stark geeignet, den von dem nahen Revier der Transportkosten wegen abhängigen Schneidemüller zu möglichst hohen Geboten veranlassen, was in der Wiederholung seinen Ruin zur Folge haben kann. Ferner ist zu bemängeln die Klassifizierung und Bearbeitung (Auslängung) der zum Verkauf stehenden Rund- und Langhölzer seitens der Staatsforstverwaltung, die Nichtvergiitung von Schwammhölzern und Eintheilung der Taxklassen wären auch noch zu nennen, um manche Ungerechtigkeiten gegen die Holzproduzenten und Holzhändler zur Sprache zu bringen. Die preussische Forstverwaltung sowie die Verwaltungen der ebenfalls mit großen Ueber-schüssen arbeitenden hundesstaatlichen Forsten, haben es lediglich ihrem etwas selbstsüchtigen Tax- und Kalkulationssystem zuzuschreiben, wenn die Sympathieen der Holzherzeuger und -Händler, denen die Möglichkeiten billiger Kommunikationen zu Gebote stehen, sich österreichischen und russischen Holzlieferanten zuwenden.

Aus der Rechtsprechung

in gewerblichen Angelegenheiten und dem Arbeiter-Versicherungswesen.

[Nachdruck verboten.]

Wann ist der Vorsteher eines Vereins zur Einreichung eines neuen Mitgliederverzeichnisses an die Polizeibehörde verpflichtet? Der Vorsteher eines schon mehrere Jahre bestehenden, eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezweckenden Vereins wurde eines Tages von der Polizeibehörde aufgefordert, binnen drei Tagen ein Verzeichnis der gegenwärtigen Mitglieder des Vereins einzureichen. Irigend welche Gründe zu diesem Vorgehen waren nicht angegeben. Der Vereinsvorsteher, welcher der Polizei gleich nach Gründung des Vereins ein genaues Mitgliederverzeichnis überreicht und ferner jeden Ein- und Austritt von Mitgliedern angezeigt hatte, glaubte nicht verpflichtet zu sein, dem Ersuchen der Polizeibehörde zu entsprechen. In Folge dessen wurde er gemäß §§ 2, 13 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 zu Strafe verurtheilt. Das Landgericht Kiel, das in zweiter Instanz über den Fall entschied, war der Ansicht, daß die Polizeibehörde berechtigt sei, jederzeit Auskunft über Aenderungen unter den Mitgliedern des Vereins zu fordern; ob sie genügende Veranlassung dazu habe, und in welcher Art und in welchem Umfange sie die Auskunft fordere, sei vollkommen ihrem Ermessen anheim gegeben. — Der Verurtheilte rief schließlich die Entscheidung des Kammergerichts an, und dieses hat denn auch die Entscheidung der Vorinstanz aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Prüfung an den Vorderrichter zurückgewiesen. Die Auf-

fassung der Vorinstanz, so heißt es in den Gründen, ist rechts-irrhümlich. Nach § 2 des Vereinsgesetzes ist der Vereinsvorsteher zwar verpflichtet, der Polizeibehörde jede auf den Mitgliederbestand bezügliche Auskunft auf Erfordern zu erteilen, jedoch besteht das Recht der Polizei nicht ohne weiteres zu jeder beliebigen Zeit. Nur dann hat vielmehr die Polizeibehörde das Recht, ein neues Mitgliederverzeichnis einzufordern, wenn das erste Verzeichnis und die Nachträge dazu nicht mehr genügen, um die Mitglieder des Vereins genau festzustellen, und die Behörde nicht etwa durch anderweitige Ermittlungen, sondern einzig und allein durch das neue Verzeichnis den gegenwärtigen Mitgliederbestand erfahren kann. — Im gegenwärtigen Falle wird also noch zu prüfen sein, ob die Forderung der Polizei berechtigt war und — sollte dies bejaht werden —, ob der Angeklagte dies wußte oder nur fahrlässiger Weise nicht wußte. — Hat der Vereinsvorsteher ohne Fahrlässigkeit angenommen, die Voraussetzungen für die Forderung der Behörde seien nicht gegeben, so ist die Schuldsfrage zu verneinen. rd.

Aus den Ortsvereinen.

Löbau i. S. Der Besuch unserer am 13. Oktober stattgehabten außerordentlichen Mitgliederversammlung entsprach nicht den Erwartungen, welche der Ausschuss in Folge der ergangenen dringlichen Einladungen und der wichtigen Tagesordnung hegte. Unser Agitationsleiter, Kollege K e n n e r referirte über das Thema: Die wirtschaftlichen Kämpfe und welchen Eindruck machen dieselben auf die Organisationen? Der Vortragende führte ungefähr Folgendes aus: Die That-sachen lehren uns, daß die Arbeitgeber es in den letzten Jahren weit besser verstanden haben, ihre Organisationen auszubauen, als dies seitens der Arbeitnehmer geschehen ist, und daher komme es, daß den Arbeitern trotz der günstigen Konjunktur der Brodkorb höher gehängt ist als unter den früheren Verhältnissen. Die Fleischnoth und die dadurch bedingte ungeheure Erhöhung der Fleischpreise zeigen, wie auch die Agrarier es verstanden haben, durch Zusammenbruch im Bund der Landwirthe und der von demselben betriebenen regen Agitation den Werth der von ihnen produzierten Waaren bedeutend zu erhöhen. Mit dem Steigen der Lebensmittel, Wohnungsmiethen und sonstiger Lebensbedürfnisse hat das Einkommen des Arbeiters aber nicht immer gleichen Schritt gehalten. Im Gegentheil. Anstatt daß durch die Vervollkommnung der Technik, der fortwährenden Erfindung neuer Maschinen dem Arbeiter eine Erleichterung geschaffen würde, bedeute der Fortschritt für denselben eine Schädigung, da durch Verbesserung der Maschinen menschliche Arbeitskräfte überzählig geworden sind. Hier könne in erster Linie eine mit der Entwicklung der Technik gleichen Schritt haltende Verkürzung der Arbeitszeit Abhilfe schaffen. Um dieses zu erreichen, sei aber notwendig, daß sich die Arbeitnehmer zu Berufsorganisationen zusammenschließen, welche nicht nur einen Druck auf die Arbeitgeber, sondern auch auf die öffentliche Meinung auszuüben im Stande seien. Referent erläuterte sodann das Programm des Gewerksvereins und forderte sämmtliche Mitglieder in der Versammlung auf, mehr in den Werkstätten agitatorisch darauf hin zu arbeiten, daß die noch nicht organisierten Kollegen sich dem Gewerksverein anschließen. Weiter berührte Redner auch den Weikensfelder Lederarbeiterstreik und besprach sodann die Schäden, welche durch die Frauenarbeit entstehen. In dem Bestreben, der Industrie billige Arbeitskräfte zuzuführen, werde mehr und mehr zur Frauenarbeit übergegangen und dadurch den männlichen Arbeitern erhebliche Konkurrenz gemacht. Neben der Organisirung auch der weiblichen Arbeiter sei es deshalb notwendig, daß der Staat veranlaßt werde, die Gesetze, welche die weiblichen Arbeiter vor Ausbeutung durch überlange und gesundheitschädigende Arbeit schützen sollen, zu erweitern. In längerer Ausführung verweilte der Referent dann noch bei der Besprechung der Tarifverhandlungen, indem er an mehreren Beispielen deren Nutzen und Vortheile klarlegte. Zu den inneren Verhältnissen des Gewerksvereins übergehend, erbringt Kollege K e n n e r den Nachweis der durch die ungeheure Inanspruchnahme des Gewerksvereinsvermögens bedingten Nothwendigkeit der Erhebung von Extrabeiträgen. Die großen Vohlbewegungen und Arbeitskämpfe der letzten Jahre haben gezeigt, daß der Arbeiter auch gegenüber der Organisation opferwilliger werden muß. — In einer sehr lebhaften Debatte, welche sich dem Vortrage anschloß, wurde die Anstellung von besoldeten Agitationsleitern sowie die Schaffung einer eigenen Tageszeitung als erstrebenswerth und nothwendig bezeichnet. Im Schlußwort führte Kollege K e n n e r noch aus, daß hier in Löbau unbedingt lebhafter agitiert werden müßte, um die indifferenten Kollegen mehr und mehr dem Gewerksverein zuzuführen. Schluß der Versammlung 1/2 8 Uhr.

Der Ausschuss.

Zeit. Der Ortsverein der Tischler hieselbst hielt am 7. Oktober seine Monatsversammlung ab, welche ziemlich gut besucht war. Nach Erledigung der Tagesordnung kam im Geschäftlichen das Arzthonorar zur Sprache und es wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß bei uns immer noch die Krankenscheine vom Arzt unterschrieben werden müssen, da doch schon mehrere Hilfskassen der Gewerksvereine, darunter die Fabrik- und Handarbeiter, diese veraltete und nicht mehr zeitgemäße Einrichtung von sich geworfen haben. Es ist daher wohl an der Zeit, daß wir auch darüber klar werden, ob es bei uns nicht

auch möglich wäre, diesen Ballast von uns zu werfen, im Interesse unserer kranken Mitglieder. Nimmt man z. B. an, ein Mitglied ist vier Tage krank, gehen drei Tage Wartezeit ab, für den vierten Tag bekommt es 1,25 Mk. Krankengeld. Davon beanprucht der Arzt mindestens 1 Mk., das Mitglied bekommt also nur noch 25 Pf. Weit schlimmer steht es mit dem Mitglied, das bloß 80 Pf. pro Tag bekommt, also noch 20 Pf. aus seiner Tasche zuzuzahlen hat. Diese Fälle sind alle schon dagewesen. Ist das nicht verfehlt, werden die Mitglieder da nicht abgeschreckt? Dadurch entsteht Mißstimmung unter denselben. Es wird nun vielleicht geantwortet werden, daß sind keine Gewerkvereiner. Dem kann entgegnet werden, daß es sogar sehr gute Mitglieder sein können, aber wenn sie ihren Pflichten nachkommen, wollen sie auch ihre Rechte voll und ganz haben. Aber gewöhnlich steckt der Arzt ein gut Theil davon ein. Infolgedessen sind wir zu der Ansicht gekommen, daß die ärztliche Unterschrift in Wegfall kommt und dafür der Kassierer die Abschrift vom Ortsklassenschein abschreibt. Geht es bei den Fabrik- und Handarbeitern, muß es bei uns auch gehen. Es giebt auch noch mehrere Klassen, die dieselbe Einrichtung schon längst haben. Da nun laut Statut unser Generalrath nicht in der Lage ist, den Paragraphen aufzuheben, so ersuchen wir die Kollegen um ihre Ansicht, ob es nicht an der Zeit wäre, durch allgemeine Mitgliederabstimmung den betreffenden Paragraphen aufzuheben, und durch Abschrift vom Ortskrankenschein durch den Kassierer oder Vorsitzenden bewirken zu lassen. Dadurch würden wir unseren kranken Mitgliedern zu mancher Mark verhelfen, zumal es nach unserer Ansicht die Klasse nicht belastet, sondern entlastet. Darum auf, Kollegen, werft den überflüssigen Ballast, der schon längst hätte abgeschafft werden müssen, über Bord.

Die Verwaltung. J. A.: G. Pinger.

Anmerk. der Red. Wir möchten die Mitglieder unserer Zuschussklasse warnen, den Rüdungen des Kollegen Pinger zu folgen, denn zum Glück giebt es für die Zuschussklasse noch keine allgemeine Mitgliederabstimmungen. Wir empfehlen aber den örtlichen Verwaltungen die größtmögliche Sparsamkeit walten zu lassen und darüber zu wachen, daß die Klasse nicht ungehöriger Weise ausgenutzt wird, damit unserm Schatzmeister recht viel Baarbestände eingeschickt werden können. Nur dadurch wird derselbe in die Lage versetzt, auf der nächsten Generalversammlung der Zuschussklasse sagen zu können: „Es ist erreicht, der gesetzlich vorgeschriebene Reserfonds ist vorhanden, jetzt können wir daran denken, die Beneficien zu erweitern und zahlen schon vom ersten Tage der Krankheit ab die Unterstützung“. Wir glauben, damit wäre allen Mitgliedern geholfen.

Görlitz. Am Dienstag, den 10. d. M., hielt unser Ortsverein eine gut besuchte Generalversammlung ab. Nach Schluß der Zuschussklassen-Generalversammlung eröffnet der Vorsitzende erstere um 9 1/4 Uhr Abends. Die Tagesordnung derselben lautet: 1. Protokoll, 2. Monatsklassen-Abschlüsse, 3. Anträge, 4. Ortsverbandsbericht, 5. Geschäftliches. Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Vorsitzende den Vorsitzenden des Ortsverbandes, Genossen Arnold sowie den Agitationsleiter der Maschinenbauer, Genossen Herbig, welche als Gäste anwesend sind. Punkt 1 und 2 der Tagesordnung werden ohne Einwendungen seitens der Mitglieder entgegengenommen und vom Vorsitzenden für richtig erklärt. Nachdem wird zu Punkt 3 nochmals die von der Versammlung vom 26. Sept. zurückgestellte Resolution, betreffend Abwehr des Artikels aus Weiskensee bei Berlin und die Anmerkung des Büreaus in der „Eiche“ vom 22. Sept. zur Besprechung und Abstimmung behufs Veröffentlichung in der „Eiche“, gebracht. Nach nochmals längerer, reger, gegenseitiger Aussprache über die Beweggründe zur Stellung dieser Resolution, wird sodann durch Akklamation über die Veröffentlichung abgestimmt, welche einstimmig angenommen wird. Die Resolution hat folgenden Wortlaut:

„Die in „Stadt Pilsen“ am 26. d. tagende Ortsvereinsversammlung der Tischler und Berufsgenossen Görlitz legt entschiedenen Protest ein gegen die in der „Eiche“ vom 22. d. kundgegebene Resolution des Ortsvereins Weiskensee bei Berlin und giebt bekannt, daß es bei uns selbstverständlich ist, derartige Unkosten aus eigenen Mitteln zu bezahlen und scheint es beim Ortsverein Weiskensee anders zu sein. Ferner wird energisch protestirt gegen die jeder kollegialischen Gesinnung hohnsprechende Anmerkung des Büreaus, und erklart hierin eine Knebelung des freien Wortes und eine Beeinflussung der einzelnen Ortsvereine zu Ungunsten des Ortsvereins Görlitz.

Motiv: Bericht der „Eiche“ vom 22. d. und die Vereisung der einzelnen Ortsvereine durch Generalrathsmittglied Vambach und Agitationsleiter Genossen Neuner.

Weiter erklärt die Versammlung, daß sie vollkommen und nachweislich der Ansicht ist, daß der enorme Verlust der Mitglieder nur entstanden ist durch Erhebung der Extrabeiträge und nicht durch Quertreibereien „von sich Gewerkvereiner nennender Kollegen.“

Motiv: „Antliche Beilage, wonach Kollege Dittich erklärt hat, daß der Verlust der 600 Mitglieder nur in den Extrabeiträgen zu suchen ist.“ Es soll dieser Vorwurf nur zur Ehrenrettung der Extrabeiträgerehebung dienen, was ja auch die Kundgebungen der Ortsvereine Augsburg, Ansbach, Neustadt, Graudenz u. s. w. beweisen.

Nachdem wird nach vorhergehender Diskussion über den ebenfalls in der letzten Versammlung auf Antrag zurückgestellten Antrag die Extrabeiträge laut Versammlungsbeschlusse vom 29. August nur bis zur 36. Woche zu zahlen, nochmals per Stimmzettel abgestimmt. Von 55 abgegebenen Stimmzetteln lauteten 32 gegen, 21 für den Antrag, 2 waren unbeschrieben, mithin ist dieser Antrag abgelehnt. Anschließend hieran ersucht der Vorsitzende diejenigen Mitglieder, welche für den Antrag gestimmt haben, sich ihrer Zugehörigkeit zur

Organisation bewußt zu werden und die letzten drei Extrabeiträge ebenfalls zu zahlen.

Den Ortsverbandsbericht erstattete Genosse Jähne. Der Bericht enthält neben dem Datum der nächsten Ortsverbands-Generalversammlung, mehrere sehr wichtige Punkte, über welche eine längere Debatte entsteht. Im Geschäftlichen kommt sodann ein im Laufe der Versammlung gestellter Antrag: „den Ausschluß des Kollegen Gerber im Geschäftlichen einer Besprechung zu unterziehen, zur Abstimmung, welcher einstimmig angenommen wird. Zu dieser Angelegenheit entspinnt sich sodann eine lange, theilweise sehr erregte Debatte, in welcher das Vorgehen des Generalraths resp. der Ausschluß des Kollegen Gerber auf Antrag des Agitationsleiters Genossen Neuner-Langenöls, aufs schärfste verurtheilt wird. Ferner erfolgen auch im Laufe der Debatte mehrere recht unberechtigte Angriffe auf die Vorstandsmitglieder in dieser Angelegenheit, welche dieselben ganz entschieden auch an dieser Stelle zurückweisen. Ein hierauf gestellter Antrag eine Kommission von vier Mitgliedern aus der Mitte der heutigen Versammlung zu wählen, welche die Angelegenheit des Ausschlusses Gerber in die Hand nimmt, betreffs Ausarbeitung einer energischen Protestkundgebung, unter welche alle diejenigen Mitglieder unseres Ortsvereins unterzeichnen, welche mit dem Ausschluß Gerbers nicht einverstanden sind, wird einstimmig angenommen. Nachdem ein auf Schluß der weiteren Debatte gestellter Antrag und die vorher noch auf der Rednerliste verzeichneten Kollegen gesprochen, angenommen, erfolgt sodann Schluß der Versammlung um 12 1/4 Uhr nachts.

J. A.: Der Ausschluß.

Anmerkung. Von der Veröffentlichung des vorstehenden Berichts hätten wir sehr gern Abstand genommen, weil wir durchaus nicht einsehen können, daß dadurch der Sache des Gewerkvereins in irgend einer Weise gedient wird, sogar überzeugt sind, daß auch dieser Bericht wiederum Mißstimmung unter dem größten Theil unserer Mitglieder hervorrufen wird. Trotzdem aber glaubten wir, dem Ersuchen um Ausnahme Folge geben zu müssen, weil sich auch aus diesem Bericht ergibt, daß die Görlitzer Kollegen, welche unter dem Vorgehen im Interesse des gesammten Gewerkvereins zu handeln in größtlicher Weise gegen das Statut und die Generalrathsbeschlüsse verstoßen. Wenn der Ortsverein Görlitz die Anmerkung des Büreaus zu dem Bericht aus Weiskensee eine „jeder kollegialischen Gesinnung hohnsprechende“ nennt, so müssen wir doch einmal fragen, ob es kollegialisch war, als Ortsverein Görlitz das bekannte Rundschreiben wohl an alle Vereine nicht aber dem Generalrath sandte. Sah der Ortsverein Görlitz schon damals das Unrecht seiner Handlungsweise ein, schämte er sich nur oder war er der Meinung, was geht uns der Generalrath an? Besseres ist wohl das Zutreffende, denn sonst könnte Görlitz nicht auf den Gedanken kommen zu beschließen, die vom Generalrath ausgeschriebenen Extrabeiträge nur bis zur 36. Woche zu bezahlen und auch noch sämtliche anderen Ortsvereine aufzufordern, diesem Beschluß beizutreten. Dem Generalrath wurde durch allgemeine Mitgliederabstimmung das Recht gegeben, nöthigenfalls Extrabeiträge auszuschreiben. Sollte denn im ganzen Gewerkverein wirklich ein einziges Mitglied sein, welches glaubt, daß der Generalrath ohne Grund und Ursache die Erhebung von Extrabeiträgen ausschreiben wird? Wir haben nicht nöthig, darauf hinzuweisen, daß durch die verschiedenen Lohnkämpfe, in welche der Gewerkverein in dem letzten Jahre zum Theil gegen seinen Willen hineingezogen wurde, ganz bedeutende Anforderungen an das Vermögen gestellt wurden. Es war unabwiesbare Pflicht des Generalraths, Vorsorge zu treffen, daß die Klasse auch trotz dieser großen Inanspruchnahme jeder Zeit in der Lage war, allen Anforderungen genügen zu können. Dazu bot sich nur ein Weg und der war die Erhebung der Extrabeiträge. Der in dem Vorgehen des Ortsvereins Görlitz liegende Vorschlag, eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, und auf dieser eine Erhöhung der Beiträge zu beschließen, mußte schon deshalb verworfen werden, weil die Einberufung einer solchen viel zu viel Zeit erfordert hätte. Es galt aber vor allem schnell zu handeln. In dem Rundschreiben weist Ortsverein Görlitz auf die von den rheinisch-westfälischen Vereinen veranlaßte Mitgliederabstimmung über Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung hin. Aber ist es denn dem Ortsverein Görlitz vollständig unbekannt geblieben, welche geringe Zahl von Mitgliedern sich für den rheinisch-westfälischen Antrag erklärte. Sag es und konnte es im Interesse des Gewerkvereins liegen, knapp acht Wochen nach der durch Majoritätsbeschluß der Vereine getroffenen Entscheidung wiederum die Mitglieder durch ein solches Vorgehen, wie es vom Ortsverein Görlitz beliebt wurde, zu beunruhigen? Wäre es nicht eher Pflicht der Kollegen in Görlitz, welche immer noch vorgeben, die Prinzipien der Gewerkvereine zu vertreten, mit den Fähigkeiten, welche ihnen zu Gebote stehen, im Hinblick auf die schwierige Lage in welcher sich der Gewerkverein befand, alles zu thun, um die Beschlüsse des Generalraths zur Durchführung zu bringen? Wäre dies nicht nur in Görlitz, sondern auch anderwärts geschehen, dann, davon sind wir fest überzeugt, wäre durch die Erhebung der Extrabeiträge nicht ein einziges Mitglied verloren gegangen, im Gegentheil, die Mitglieder hätten einsehen müssen, daß eine größere Opferwilligkeit im Hinblick auf die größeren Anforderungen eine dringende Nothwendigkeit war. Statt so zu handeln, stellen sich die Görlitzer Kollegen aber hin und erzählen fortgesetzt vom Austritt aus dem Gewerkverein und Bildung eines Lokalvereins. Stehen die Kollegen auf diesem Standpunkt, dann ist es unserer Ansicht nach besser, richtiger und ehrlicher, wenn dieselben dem Gewerkverein bald-

möglichst den Mäcken lehren. Der Gewerksverein hat gerade genug mit Beguern von rechts und links zu kämpfen und kann durchaus kein Verlangen tragen, auch noch solche in seinen eigenen Reihen zu besitzen. Wie die Masse der Mitglieder über das Vorgehen des Ortsvereins Görlik denkt, ist wohl am besten daraus zu ersehen, daß bis zur Stunde noch nicht eine Zustimmungserklärung zu dem Görliker Vorgehen an das Bureau gelangt ist. Auch Görlik selbst hat den Beschluß, die Extrasteuer nur bis zur 36. Woche zu zahlen, wieder aufgehoben. Wir zweifeln nach alledem nicht, daß sich auch die Görliker Kollegen nach ruhiger Ueberlegung und reiflicher Prüfung der ganzen Verhältnisse mit Widerwillen abwenden werden von jenen Herren, welche durch ihre Verhegung nur Unzufriedenheit stiften und das Interesse des Gewerksvereins schädigen. Die Redaktion.

Ämtlicher Theil.

Aus der 69. Bureauſitzung vom 23. Oktober 1905.

Die Wahlen eines Sekretärs in Ansbach, eines Vorsitzenden in Kiel und eines Vorsitzenden und Sekretärs in Rowawes werden im Namen des Generalraths bezw. Vorstandes bestätigt.

Die Meldung aus Königsberg daß eine behördliche Bücher- und Kassenprüfung, welche zu Ausstellungen keinen Anlaß gab, stattgefunden hat, wird zur Kenntniß genommen.

Uebersiedelungsbeihilfe erhalten: (Die Mitglieder selbst nur Reiseunterstützung, soweit dieselben solche noch nicht in Empfang genommen haben.) 10131 Gollan von Allenstein nach Ortelsburg für 45 Rm., das Mitglied an Reiseunterstützung 1,12 Rm., für die Frau 90 Pf., 2 Kinder 90 Pf., 2 Kinder 1,80 Rm., Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 10 Rm., in Summa 14,72 Rm.; — 3344 Menndien-Cöln von Brühl nach Rodenkirchen für 21 Rm., das Mitglied 53 Pf., für die Frau 42 Pf., Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 10 Rm., in Summa 10,95 Rm.; — 4735 Miloczewski von Osterode nach Gelsenkirchen für 750 Rm., das Mitglied nur Reiseunterstützung von Bochum für 16 Rm., 40 Pf., dagegen für die Frau 15 Rm., 3 Kinder 22,50 Rm., 1 Kind 15 Rm., Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 50 Rm., in Summa 102,90 Rm.; — 6789 Pister von Graudenz nach Traupel für 60 Rm., das Mitglied 1,50 Rm., für die Frau 1,20 Rm., Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 10 Rm., in Summa 12,70 Rm.; — 10520 Lewandowski von Graudenz nach Thorn für 60 Rm., das Mitglied 1,50 Rm., für die Frau 1,20, Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 10 Rm., in Summa 12,75 Rm.; — 8436 Baraczewski von Namisch nach Posen für 318 Rm., das Mitglied 7,85 Rm., für die Frau 6,36 Rm., Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 35,80 Rm., in Summa 50,01 Rm.; — 10875 Uher von Landeshut nach Warmbrunn für 42 Rm., das Mitglied 1,05 Rm., für die Frau 84 Pf., Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 10 Rm., in Summa 11,89 Rm.; — 8575 Werner von Stahla nach Dortmund für 430 Rm., das Mitglied 10,75 Rm., für die Frau 8,60 Rm., 2 Kinder 8,60 Rm., 1 Kind 8,60 Rm., Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 47 Rm., in Summa 83,55 Rm.; — 1366 Raab von Bromberg nach Landsberg für 204 Rm., das Mitglied 5,10 Rm., für die Frau 4,08 Rm., 1 Kind 2,04 Rm., 1 Kind 4,08 Rm., Beihilfe zur Ueberführung der Wirthschaft 22,22 Rm., in Summa 37,50 Rm.

Arbeitslosenunterstützung, pro Wochentag 1,50 Rm., erhalten: 7162 Zielesinski-Bromberg v. 28. 10.; — 13205 Zasnock-Czerst v. 30. 10.; — 11844 Freund-Sagen v. 28. 10.; — 133 Wederle v. 28. 10. und 10726 Wittl v. 29. 10., beide Augsburg.

In Arbeit: 14056 Gorsch-Bromberg am 14. 10. ausgereist; — 4348 Uhlemann-Dresden am 20. 10.

Nach Streit: Nachen 19167 am 18. 10.; — Berlin (Moabit) 779 am 16. 10.; — Berlin (Nord) 15192 und 902 am 16. 10.; — Cöln 17077 am 28. 9.; — Fürth 13278, 17898, 2415, 13472, 2429, 17377, 2441, 19365, 2372, 17900, 2406, 14178, 16043, 2430, 7065, 2490, 10629, 15308, 17147, 2465, 2460, 2469, 12308, 2507, 15451, 17899, 19362, 2480, 14078, 16045, 16050, 17274, 14309, 2448 am 10. 10., 10633, 7145 am 11. 10., 2453 am 13. 10., 10938, 12313, 2463, 12654, 12314, 12651 am 16. 10. und 7711 am 17. 10.; — Freiburg 2330, 13457, 13704, 13706, 14199, 14437, 19768 am 12. 10.; — Rowawes 10821 am 22. 10.; — Spandau 5695 am 16. 10.

A. Bahlke, Vorsitzender. **W. Zieffe,** Schatzmeister. **P. Wambach,** Generalsekretär.

Unter den Vereinen, welche die Zählkarten nicht eingesandt haben, ist auch Zeitz I veröffentlicht. Dieser Verein meldet, keine Zählkarte zugesandt bekommen zu haben, mithin konnte auch keine eingesandt werden. Es liegt ein Verschulden des Vereins nicht vor.

Bekanntmachung.

Der Agitationsleiter des VI. Agitationsbezirks, Kollege Sebel-Dreslau, ist wegen Nichtbeachtung von Gewerksvereinsinteressen vom Generalrath in der am 17. Oktober stattgefundenen 23. Generalraths-sitzung seines Amtes enthoben worden.

Durch diesen Beschluß ist für den VI. Agitationsbezirk eine Neuwahl erforderlich. Die zu diesem Bezirk gehörenden Ortsvereine werden hiermit aufgefordert, die Neuwahl schleunigst vorzunehmen.

Der VI. Agitationsbezirk umfaßt die Ortsvereine:

Dreslau (Holzarb.), Breslau (Eisler), Cottbus, Cüstrin, Festsberg, Forst, Frankfurt a. D., Glogau, Landsberg I, Landsberg II, Lissa, Posen, Namisch, Sprottau, Wetschau und Neusalz.

Die Leitung dieser Wahl wird hiermit dem an Mitgliederzahl stärksten Ortsverein Breslau (Eisler) übertragen.

Aufgabe dieser Ortsvereine ist es, wegen der Auswahl geeigneter Kandidaten unverzüglich in Verbindung zu treten und nach erzielter Verständigung diese Kandidaten dem die Wahl leitenden Verein Breslau (Eisler) bis Sonntag, den 19. November zu melden.

Der die Wahl leitende Verein hat alsdann die sofortige Vornahme der Wahl in den einzelnen Vereinen zu veranlassen und das aufzunehmende Wahlergebnis bis Sonntag, den 10. Dezember 1905 an das Bureau einzusenden.

Berlin, im Oktober 1905.

Für den Generalrath:

A. Bahlke, Vorsitzender. **W. Zieffe,** Schatzmeister. **P. Wambach,** Generalsekretär.

Zum Ersatz verloren gegangener Quittungsbücher, welche hiermit für ungültig erklärt werden, ist (§. 8 26 der Geschäfts-Ordnung) kein Kassierer berechtigt, sondern hat den Verlust sofort dem Generalsekretär zu melden; sollte einem unserer Kassierer ein solches vorgelegt werden, so ist dasselbe sofort einzuziehen und dem Generalsekretär einzusenden.

Als verloren gemeldet ist das Mitgliedsbuch:

Nr. 17817 Wilhelm Sankel-Thorn.

Für den Generalrath:

A. Bahlke, Vorsitzender. **W. Zieffe,** Schatzmeister. **P. Wambach,** Generalsekretär.

Versammlungen.

Die Beiträge sind wöchentlich voranzuzahlen.

Am folgenden Sonnabend ist die 43. Beitragswoche fällig.

Mitglieder, welche länger als 4 Wochen restiren, ohne Stundung nachgesucht zu haben, werden gestrichen.

Oktober.

- Altenstein.** 29. Nachm. 6 Uhr, Vers. in „Fründs Rest.“, Pfeiferstr. Gesch., Beitrags., Versch.
- Augsburg.** 28. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffee Fronhof“, am Fronhof, Gesch., Beitrags.
- Berlin (Königst.).** 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Roppenstr. 65. Beitrags., Gesch.
- Berlin (Moabit).** 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Schmidt, Thurmstr. 18. Gesch., Beitrags., Werkstattangelegenheiten.
- Berlin (West).** 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Gr.-Görtschenstr. 29. Gesch., Beitrags.
- Berlin (Nord).** 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. Brunnenstr. 143. Gesch., Beitrags. Abstimmung über Verschmelzung der Ortsvereine Berlins u. Umgegend.
- Beuthen.** 28. Abds. 8 Uhr, Vers. in „Katubas Gesellschaftshaus“, Tarnowitzerstr. 16. Gesch., Beitrags.
- Bochum.** 29. Nachm. 4 Uhr, Vers. b. Supert, Alleestr. 62. Gesch., Beitrags.
- Bromberg.** 29. Nachm. 3 Uhr, Vers. b. Wichert am Fischmarkt. Gesch., Versch., Beitragszahlung von 2 Uhr ab.
- Cöln a. Rh.** (Bezirksversammlungen.) 29. Vorm. 10 Uhr, für Rippes b. Bauer, Florastr. 103. — 29. Vorm. 10 Uhr, für Ehrenfeld im „Verhandshaus“, Ventloerstr.
- Cüstrin.** 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Schützenhause“. Beitrags., Gesch.
- Czerst.** 28. Abds. 7 1/2 Uhr, Vers. b. Fruchhust. Beitrags., Versch.
- Eisenach.** 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Deutschen Kaiser“. Gesch., Beitrags.
- Eisenfeld.** 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. im „Rest. zum Eilner Wappen“, Kaiserstr. 8. Gesch., Beitrags. — Volkswirthschaftsschule jeden Donnerstag Abend 9 Uhr. — Ausgabe der „Eiche“ jeden Sonntag Morgen von 9—10 Uhr im Vereinslokal.
- Frankfurt a. D.** 23. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Fröhlich, Richstr. 72. Beitrags.
- Greifswald.** 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gnekow. Beitrags., Gesch.
- Hamburg.** 28. Abds. 9 Uhr, Vers. b. Ellerbrock, Hamburg-St. Pauli, Eimsbüttlerstr. 13. Gesch., Beitrags.
- Jena.** 28. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Kaffeehause“. Gesch., Beitrags.
- Justerburg.** 28. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. schwarzen Waldfisch“. Gesch., Beitrags.
- Kattowitz.** 28. Abds. 8 Uhr, Vers. Grundmannstr. 21. Gesch., Beitrags.
- Landsberg I.** 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gustabus, Luisenstr. 37. Gesch., Beitrags., Werkstattangelegenheiten. — Beitrags. nur in den Versamml.
- Langenöls.** 28. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. Elkauf“. Beitrags., Gesch.
- Lauenburg.** 29. Nachm. 1 1/2 Uhr, Vers. b. Fischer, Stolperstr. Gesch., Beitrags.
- Lauterbach.** 28. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Gasth. z. Bad. Hof“. Gesch., Beitrags.
- Osterode.** 29. Nachm. 2 Uhr, Vers. im „Kaisersaal“. Beitrags., Versch.
- Quedlinburg.** 28. Abds. 8 Uhr, Vers. im „Rest. Prinz Heinrich“, Steinweg, Gesch., Beitrags.
- Rixdorf.** 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Vers. b. Gorski, Hermannstr. 199. Beitrags., Gesch., Werkstattangelegenheiten. Die Zusammenlegung sämtlicher Vereine Berlins und Vororte zu einem großen Verein, Ref. Kollege Mehle-Berlin. Abstimmung über diese Frage.

Eiegen. 28. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Rest. zum Rappen“, Marburgerthor. Gesch., Beitrag.

Evanbau. 27. Abds. 8-9 Uhr, b. Sturm, Bahnhofstr. 1. Beitragszahlung.

Stolz. 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Duggert, Synagogenstr. Gesch., Beitrag.

Stralsund. 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Rest. z. Börse“, Heiligeist. 50. Beitrag., Gesch.

Ueberlingen. 29. Vorm. 10 1/2 Uhr, Verf. in der „Rest. zur Hölle“. Beitrag., Gesch.

Weissenfels. 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Deutschen Bierhaus“, Friedrichsplatz. Gesch., Beitrag., Versch.

Weissenfee. 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Schomburg, Langhausstr. 143. Gesch., Beitrag., Versch.

Werdohl. 29. Nachm. 4 Uhr, Verf. b. Wettermann in Plethenberg. Gesch., Beitrag., Versch.

Worms. 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. z. Rheintal“, Rheinstr. 4. Gesch., Beitrag., Versch.

Zerbft. 28. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. in „Hennemann's Bürgerhaus“. Beitrag., Gesch.

Zossen. 28. Abds. 8 Uhr, Verf. im Hotel „Deutsches Haus“ (Dähne), Am Marktplatz. Gesch., Beitrag.

November.

Aachen. 5. Vorm. 11 Uhr, Verf. b. Schmitz, Am Markt. Beitrag., Gesch.

Barmen. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Restaur. zur Post“, Winklerstr. 26. Beitrag., Versch.

Barth. 4. Abds. 8 Uhr, Verf. b. Kensch am Hafen. Gesch., Beitrag.

Banzen. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. Stadt Pittau“. Beitrag., Gesch.

Berent. 5. Nachm. 2 Uhr, Verf. b. Fißbrandt (Herberge). Gesch., Beitrag.

Berlin (Erster). 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Adalbertstr. 21. Lichtbildvortrag: „Eine Reise durch den Schwarzwald.“ Anschließend Vereinskränzchen. Gäste willkommen.

Berlin VI (Pianofortearb.) 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. Köpenickerstr. 158. Gesch., Beitrag.

Berlin VII (Modell- u. Fabriktschl.) 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Schubert, Gerichtsstr. 71, Ede Kuntelstr. Gesch., Beitrag., Vortrag des Kollegen Wegener. Anschließend gemütliches Beisammensein. — Sonntag, den 5. November, Besichtigung des Kunstgewerbemuseums. Versammlung punkt 1/2 Uhr im Lichthof des Museums.

Berlin (Vorortskommission). Jeden Donnerstag nach dem 1. eines jeden Monats im „Verbandshaus“, Greifswalderstr. 221-223.

Berlin. Diskussionsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Sitzung jeden Mittwoch Abend 8 1/2-10 1/2 Uhr, im Verbandshaus, Greifswalderstraße 221/223. Gäste stets willkommen.

Berlin. Sängerkor der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.). Jed. Donnerstag, Abend 9-11 Uhr, Übungsstunde im „Verbandshaus“, Greifswalderstraße 221/223. Gäste stets willkommen.

Berlin. Theater-Verein „Eiche“. 8. Abds. 9 Uhr, Sitzung b. Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Biberach. 5. Nachm. 3 Uhr, Verf. im „Gasth. z. Schwan“. Gesch., Beitrag.

Breslau (Holzarb.) 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Versammlung im „Grünen Vergel“, Kupfer Schmiedestr. 29. Gesch., Beitrag.

Breslau (Tischl.) 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Pahlabend im „Grünen Vergel“, Kupfer Schmiedestr. 29.

Bruchsal. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Rest. zu den vier Jahreszeiten“, Molkenstr. 9. Gesch., Beitrag.

Witten. 4. Abds. 8 Uhr Verf. b. Selke, Synagogenstr. 4. Gesch., Beitrag.

Charlottenburg. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Pahlabend b. Krütsche, Rindschloßstr. 29.

Cöln a. Rh. (Bezirksversammlungen.) 5. Vorm. 10 1/2 Uhr, für Cöln b. Pöffel, Neumarkt, Ede Thieboldsstraße. — 5. Vorm. 11 Uhr, für Kaff h. Feul, Hauptstr. 178.

Cottbus. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. Drei Kronen“, Berlinerplatz. Beitrag., Versch.

Danzig. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. Vorstädt. Grafen 9. Beitrag., Versch.

Dortmund. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Wehle, Brückstr. 16. Beitrag., Gesch., Völkerverkehr.

Duisburg. 5. Vorm. 11 Uhr, Verf. b. Hasenkamp, Friedrich Wilhelmstr. 16. Beitrag., Gesch., Versch.

Eisenach. 4. Abds. 8 Uhr, Verf. i. „Rest. z. Adler“, Mühlhäuserstr. 20. Gesch., Beitrag., Versch.

Essing. 4. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Gewerkehaus“. Gesch., Beitrag.

Forst. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Dickmann, Thumstr. 13. Beitrag. u. A.

Freiburg. 4. Abds. 8 Uhr, Verf. i. „Gasth. z. grünen Baum“. Beitrag., Gesch.

Gelsenkirchen. 4. Vorm. 10 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. z. Adler“, Kaiserstr. Beitrag., Versch.

Mag. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. in „Zimmermann's Brauerei“, Waderberg. Beitrag., Gesch.

Meißen. 4. Abds. 8 Uhr, Verf. Bahraestr. 1. Gesch., Beitrag., Versch.

Münchingen. 4. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Rest. zur Lyra“. Beitrag., Versch.

Nürnberg. 7. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Rest. Stadt Pilsen“, Obermarkt. Gesch., Beitrag., Versch.

Tauer. 4. Abds. 8 Uhr, Verf. in „Krüger's Rest.“. Beitrag., Gesch.

Karlruhe. 5. Vorm. 9 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. z. Wacht am Rhein“. Gesch., Beitrag., Versch.

Vassau. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. z. Hafen“. Gesch., Beitrag.

L.-Gohlis. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Rest. zur Weintraube“. Beitrag.

L.-Lindenan. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. i. „Hönsch's Saalbau“, Rügenerstr. 14. Gesch., Vortrag, Beitrag., Versch.

Liebau. 4. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Gasth. z. schwarzen Adler“. Gesch., Beitrag., Versch.

Legau. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Beitrag., i. „Gasth. z. weißen Rok“, Rohlmarkt.

Lebau. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Rest. Morgenstern“. Beitrag., Gesch.

Mühlheim (Ruhr). 5. Vorm. 11 Uhr, Verf. im „Drei Kaiserjaal“, Charlottenstraße. Gesch., Beitrag.

Rasewalk. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. Königsstr. 6. Gesch., Beitrag., Versch.

Radeberg. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Amtshof“. Beitrag., Gesch.

Rothenburg. 5. Nachm. 3 Uhr, Verf. b. Kirchdörfer. Beitrag., Versch.

Rudolstadt. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Restaur. Danz.“ Beitrag., Gesch.

Rybnik. 4. Nachm. 4 Uhr, Verf. in „Franke's Restaur.“ Gesch., Beitrag.

Schmöln. 5. Nachm. 3 Uhr, Verf. im „Rest. zur Reichsbank“, Bahnhofstr. Beitrag., Gesch.

Schweidnitz. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. zum blauen Hekt“, Breslauerstr. 8. Gesch. — Beitrag jeden Sonnabend dafelbst.

Sprottau. 4. Abds. 8 Uhr, Verf. im „Gasth. zum Berge“. Gesch., Beitrag.

Striegan. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. i. „Gasth. z. schwarzen Bär“. Beitrag.

Thorn. 5. Nachm. 3 Uhr, Verf. b. Nikolai, Mauerstr. 62. Beitrag., Gesch.

Ulm. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. im „Gasth. z. Kathskeller“. Beitrag., Gesch.

Wittenberg. 4. Abds. 8 1/2 Uhr, Verf. b. Wildgrube, Juristenstr. Beitrag.

Orts- und Medizinalverbände.

Stettin und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, den 5. November, Nachm. 3 Uhr, Ortsverbandsversammlung im Lokal des Herrn Engelle, Schifferstr. 9. T.-D.: Protokoll und Kassaberichte.

Anzeigen.

Berlin.

Sonntag, den 12. November, Vormittags 9 1/2 Uhr, Branderversammlung der **Ginseger**

im „Verbandshaus“, Greifswalderstraße 221/23. Um vollzählige Beteiligung erucht **A. Krämer**.

Dortmund (Ortsverband).

Durchreisende Verbandskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbands-geschenk b. Lokalbeamten August Braun, Treibstr. 69. — Arbeitsnachweis ebendafelbst.

Schweidnitz.

Durchreisende Vereinskollegen erhalten freie Verpflegung. Karten sind beim Kassier Robert Wehrauch, Teichstraße 3 zu haben.

Magdeburg.

Der Arbeitsnachweis des Ortsvereins der Tischler befindet sich b. **H. Niemann**, Schildergasse 2.

Nachruf.

Am 16. Oktober 1905 starb nach längerer Krankheit unser langjähriges Mitglied und Schriftführer

Christian Saible

im 64. Lebensjahre.

In dem Verstorbenen haben wir ein treues und eifriges Mitglied verloren. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren. Möge ihm die Erde leicht sein!

Die Mitglieder des Ortsvereins Gannstatt.

Arbeitsnachweis Bromberg

Große Bergstr. 12
weist stets

Bau- und Möbeltischlern

Arbeit in Posen, Ost- und Westpreußen nach.

Mit dem Gewerbeverein vereinbarter Tarif wird auf Wunsch zugesandt.

Rathenow. Durchreisende Mitglieder erh. eine Unterst. von 50 Pf. beim Ortsverbands-Kassierer Herrn **H. Wielandt**, Forststraße 19.

Gustav Jarchoff's

Patent-Büro

Berlin-Schöneberg, Eisenacherstr. 44, erledigt alle Patent-Angelegenheiten billig u. gut. Auskünfte u. Prospekte frei. Dankschreiben u. Empfehlungen. Gedönet Abends bis 9 Uhr u. Sonntags.

10 tüchtige Tischler

auf Möbel oder Bau und **1 Maschinenarbeiter**, gelernter Tischler, finden dauernde Stellung bei hohem Lohn bei **Reinh. Nickel**, Lugnitz bei Mustau D.-L.

Güstrin. Durchreisende Genossen erhalten eine Unterstüzung b. Ortsverbandsst. **Alb. Braunsdorf**, Kommandantenstr. 91.

Der Arbeitsnachweis für Berlin

befindet sich **Gormannstr. 13**. Die kostenlose Vermittelung erfolgt in der Zeit von Vorm. 9-1 Uhr.

Der Arbeitsnachweis der Berliner Modell- u. Fabriktschler (H.-D.)

für diejenigen Betriebe, welche nicht dem Paritätischen Arbeitsnachweis angeschlossen sind, befindet sich im **Verbandshaus, Greifswalderstr. 221-223**.